

Schlusserklärung des 24. Treffens des Forums von São Paulo, das vom 15. bis 17. Juli 2018 in Havanna (Kuba) stattfand

1. Lateinamerika und die Karibik erleben heute, 28 Jahre nach Gründung des Forums von São Paulo, die Auswirkungen einer umfassenden reaktionären, konservativen und restaurativen neoliberalen Offensive – das Resultat der konvergierenden Interessen und gemeinsamen Anstrengungen der globalen Eliten des transnationalen Kapitalismus, der US-Regierung als ihrem hegemonischen Kern und der verbündeten herrschenden Klassen unserer Region.

2. Im Zuge dieser umfassenden Offensive ist es gelungen, die linksgerichteten und progressiven Kräfte durch den Sturz von Regierungen und durch Parlaments- und Justizputsche zurückzudrängen. Die imperiale Rechte und die ihr untergeordneten Oligarchien haben zu diesem Zweck die Fehler und die Grenzen der Kräfte des Wandels, die trotz Rückschlägen ein enormes Kampfpotenzial besitzen, hochstilisiert. Dies ist eine wesentliche Erklärung für die ungünstige Veränderung bei den gegenwärtig herrschenden Kräfteverhältnissen.

Die Art und das Ausmaß dieser Fehler und Unzulänglichkeiten zu untersuchen, ist die souveräne Aufgabe der politischen Parteien und sozialen Bewegungen des jeweiligen Landes.

3. Der Militär- und Parlamentsputsch gegen Zelaya in Honduras (2009), der Parlamentsputsch gegen Lugo in Paraguay (2012), die Wahlniederlage von Cristina Kirchner in Argentinien (2015), das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff in Brasilien (2016) durch einen Parlaments-, Justiz- und Medienputsch, der Sieg von Persönlichkeiten der konservativen und ultrakonservativen Rechten in Chile, Paraguay und Kolumbien, die beweislose Verurteilung und Inhaftierung von Lula, um seine Kandidatur für das Präsidentenamt der Republik Brasilien zu verhindern, die offenkundige Uneinigkeit bei den einfachen Volksschichten, wie der erneuerten neoliberalen Agenda die Stirn zu bieten ist, die Diskreditierung der Politik, die in wichtigen Ländern der Region die Programme der Rechten begünstigt, und die öffentliche Stärkung von im Kern faschistischen Figuren und Projekten in verschiedenen Ländern sind neben vielen anderen Faktoren Anzeichen für die neoliberale Offensive, der die Kräfte der Linken zum Wohle der Völker entgegentreten müssen.

4. Das Vorgehen der Rechten steht in einem direkten Zusammenhang mit dem expansionistischen und räuberischen Wesen des Kapitalismus sowie mit den Interessen des Finanzkapitals, die ihn beherrschen.

5. Die Fakten sprechen für sich: Zwischen dem letzten Treffen des Forums von São Paulo (Managua 2017) und dem aktuellen Treffen in Havanna (2018) haben sich die negativen Auswirkungen der Konzentration von Vermögen, Macht und Reichtum in den Händen einer globalen Elite, die um jeden Preis die bestmöglichen Bedingungen zur Steigerung ihrer Gewinne durchzusetzen trachtet, weltweit verstärkt.

6. Bestätigt wird dies durch die Umweltzerstörung mit ihren immer stärkeren negativen Auswirkungen auf das Klima, die Versuche der Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser, Land und Erdöl und ihre räuberische Nutzung durch die internationalen Konzerne, die Versuche der Privatisierung öffentlicher Gelder, der Angriff auf die Arbeitnehmer- und Sozialrechte, die unerhörte Zunahme der Ungerechtigkeit und Ungleichheit, die Zerstörung der Produktivkräfte durch Krieg, um die sogenannten Kernvolkswirtschaften anzukurbeln, die Zunahme der

Migrationsströme und das millionenfache Leid von Menschen, die sich zur Emigration gezwungen sehen, sowie die gegen die staatliche Souveränität unserer Nationen gerichtete Offensive der Konzerninteressen zur Erleichterung des freien Kapitalverkehrs.

7. Angesichts dieser Tatsachen – verstärkt noch durch das gefährliche Agieren der Regierung Trump, die die rückläufige Tendenz bei der US-Hegemonie umkehren möchte, – nehmen die Gefahren für den Weltfrieden und den Status Lateinamerikas und der Karibik als Friedenszone immer weiter zu. Lateinamerika und die Karibik werden für die US-Außenpolitik weiterhin eine Priorität darstellen, und in deren Bestreben um die Aufrechterhaltung einer unhaltbaren unipolaren Weltordnung ist die Beherrschung dieser Region von entscheidender Bedeutung.

8. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten müssen den Eindruck verstärken, dass die Geschichte des Kontinents in eine nicht aufzuhaltende regressive Phase zugunsten des Kapitalismus eingetreten ist. Obwohl die Reaktion auf die progressiven und linksgerichteten Regierungen prompt erfolgte, erwiesen sich die zur Durchsetzung der neoliberalen Umstrukturierung eingesetzten, jedoch in Misskredit geratenen und stark geschwächten Parteien der Rechten als unfähig, den unter anderem von den politischen Bewegungen des Forums von São Paulo angestoßenen sozialen Wandel zu sabotieren. Daher sah man sich genötigt, auf eine Strategie der Destabilisierung zurückzugreifen, bei der unter anderem ein Medien-, Justiz- und Wirtschaftskrieg mit äußerer Einmischung und Kriminalisierung der sozialen Bewegung und des sozialen Protests miteinander kombiniert wird, was neuartige Putschversuche (in Justiz oder Parlament) oder eine Bezwingung durch Wahlen ermöglicht.

Angesichts dieser Reaktion des Imperialismus und der örtlichen Oligarchien gegen die progressiven Kräfte lehnen wir die Vorstellung vom „Ende des Zyklus“ mit der gleichen Entschlossenheit und Überzeugung ab, wie wir es seinerzeit beim „Ende der Geschichte“ taten. Als progressive Kräfte Lateinamerikas werden wir weiterhin für Ziele in einer Welt kämpfen, die auf sozialer Gerechtigkeit beruht.

Das Weiße Haus und seine Verbündeten versuchen genau das Gegenteil zu erreichen: spalten, kooptieren, demobilisieren und Mutlosigkeit verbreiten. Dies ist Grund genug, um die Worte von der Einheit der Linken mit Fakten und Ideen in die Tat umzusetzen und die einfachen Volksschichten dazu zu bewegen, sich zu organisieren und zu kämpfen.

9. Die Bewahrung der von linksgerichteten und progressiven Parteien vorangetriebenen Souveränität, Ausweitung der Demokratie und volksnahen und antiimperialistisch ausgerichteten Regierungen; die entschlossene Unterstützung und Förderung der Befreiungsbemühungen und antikapitalistischen Ideale der in diesem Sinne agierenden sozialen und Volksbewegungen; der engagierte Einsatz für die Konsolidierung eines dauerhaften Friedens mit sozialer Gerechtigkeit und die Schaffung von Anreizen, die bei der Integration der souveränen Staaten, die Martí „Unser Amerika“ nannte, ein Vorankommen ermöglichen – all dies sind dringende Erfordernisse der Politik und bilden eine Bewährungsprobe für die Linke des Kontinents.

10. Wie schon 1990, als es in einer Welt, die durch die Auflösung der UdSSR und des sogenannten sozialistischen Lagers durch Unsicherheit und Orientierungslosigkeit geprägt war, als Koordinierungs- und kollektives Gestaltungsgremium der pluralistischen Linken Lateinamerikas und der Karibik entstand, steht das Forum von São Paulo in seiner Tradition des kritischen Denkens und der Politikformulierung erneut vor der Herausforderung, das bereits Geleistete einer kritischen Prüfung zu unterziehen, seine Kräfte wieder zu bündeln und erneute Anstrengungen zu unternehmen, um weiter auf einen Konsens hinzuarbeiten, den die gegenwärtige Offensive der Rechten erfordert.

11. Die Mitgliedsparteien des Forums von São Paulo, die zu diesem 24. Treffen anreisen, verfügen über ein außerordentliches politisches Kapital, das durch die verbindende Tätigkeit des Forums noch deutlich verstärkt wird, und sind sich voll und ganz bewusst, dass der Raubtierkapitalismus der Menschheit keine Alternativen bieten kann, was in der Bevölkerung Widerstand auslöst und Veränderungen durch den Fortschritt und die Linke ermöglicht, wenn diese sich neu organisiert, sich an die Seite der sozialen Bewegungen stellt, Kader vorbereitet und ihre Pläne für den Wandel verbessert, von denen einige klar sozialistisch ausgerichtet sind. In der Geschichte Lateinamerikas und der Karibik gibt es genügend Beispiele, die belegen, dass beim Vorhandensein von Einigkeit, einer entschlossenen und fähigen politischen Führung, klarer kämpferischer Ziele und eines klaren Kampfgeistes, und einer Verwurzelung in den einfachen Volksschichten deutlich mehr Möglichkeiten bestehen, jede konterrevolutionäre, konservative oder restaurative neoliberale Offensive aufzuhalten, ja zu brechen.

12. Dem Defätismus zu verfallen, Personenkult und Sektierertum, die in Zeiten der Rückschläge verstärkt auftreten, zu fördern oder zu tolerieren, den Vertrauensverlust in die politische Fähigkeit unserer ausgebeuteten Völker zu akzeptieren oder zu begünstigen, wäre heute nicht nur ein Affront gegen die Helden und Märtyrer der Kämpfe zur Befreiung des Kontinents, sondern auch ein sinnloses und unnötiges Zugeständnis an die USA und ihre internationalen und lokalen Verbündeten.

13. Dem imperialistischen Plan, die Souveränität unserer Nationen zu untergraben und die Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen zu übernehmen, müssen wir im wahrhaft internationalistischen Geist Lateinamerikas und der Karibik mit Nachdruck und in dem Bewusstsein, dass Würde nicht verhandelbar ist, den Befreiungsplan unserer edlen Völker entgegensetzen.

14. Wir müssen daran arbeiten, den Kampf für Gerechtigkeit und gesellschaftliche Emanzipation, für vollständige politische Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit, für die Souveränität der Völker und den Weltfrieden zu verstärken. Wir fordern, dass die sozialen und die Volksbewegungen der Region sich optimal entfalten können!

Vor diesem Hintergrund erklären die in Havanna (Kuba) versammelten Delegierten und Gäste des 24. Treffens des Forums von São Paulo im Namen Lateinamerikas und der Karibik, Asiens und Afrikas, Europas und Nordamerikas Folgendes:

1. Wir rufen dazu auf, die weltweite Friedensbewegung zu stärken. Die Realität gebietet, die Kräfte zu bündeln, um mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Druck auszuüben.

2. Wir weisen darauf hin, dass die Vertreter des internationalen Großkapitals – staatliche und private, aus Militär und Wirtschaft, Medienvertreter und Ideologen – sich in einem bislang nicht gekannten Ausmaß untereinander koordinieren. Wir kommen deshalb zu dem Schluss, dass zwischen allen linksgerichteten Kräften Lateinamerikas und der Karibik, Asiens, Afrikas, Europas und Nordamerikas praktizierter gegenseitiger Internationalismus geboten ist.

3. Wir beobachten mit Sorge, wie die imperiale Rechte im VN-Sicherheitsrat koordiniert vorgeht, um den Zionismus im Nahen Osten zu begünstigen, um Russland in Eurasien militärisch einzuhegen, um zu verhindern, dass die Volksrepublik China in Asien ihren Vormarsch als wirtschaftliche Weltmacht mit Friedens- und Kooperationsangeboten fortsetzt, um in Lateinamerika die von unseren politischen Kräften vorangetriebenen Vorhaben für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und lateinamerikanischen und karibischen Internationalismus zunichte

zu machen und um die Karibik durch verschiedene Maßnahmen, darunter auch koloniale Lösungen wie im Falle Puerto Ricos, zu fragmentieren.

4. Wir bestätigen die Gültigkeit der folgenden Anliegen und Aktionsbereiche, die bei dem im vergangenen Jahr in Managua durchgeführten 23. Treffen des Forums von São Paulo geltend gemacht wurden:

– Das Eintreten für die CELAC, der größten Einigungsbewegung der letzten 200 Jahre, zu einem vorrangigen politischen Ziel zu erheben, das von allen unseren Parteien, sozialen und Volksbewegungen und in jeder Schule, Universität oder Stätte des geistigen Schaffens zu fördern ist. Die Idee der Integration im Bewusstsein unserer Völker zu verankern, denn bereits als solche stellt sie gegenüber der von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten betriebenen Spaltungspolitik einen Fortschritt dar. Wir vertrauen auf den Wert der gerechten Ideen: Stellen wir sicher, dass sie bei wirklich allen Regierungen Unseres Amerikas Gehör finden.

– Die kompromisslose Schaffung der Grundlage für die Ausrufung Lateinamerikas zur Friedenszone zum Ziel der gesamten Linken und der patriotischen und demokratischen Kreise Lateinamerikas und der Karibik zu erheben.

– Die Ablehnung des aus den Eingeweiden des Imperialismus hervorgegangenen Militarismus, der keine Grenzen und Skrupel kennt, ist eine politische Notwendigkeit, von der das Überleben unserer Völker abhängt. Dieser Ablehnung im täglichen politischen Handeln konkreten Ausdruck zu verleihen, ist eine Grundsatzfrage, zu der wir uns bekennen.

– Die absurde und inakzeptable Vorstellung, dass diese Weltregion den Machteliten der Vereinigten Staaten oder irgendeines anderen Landes der Welt gehört, ist energisch zurückzuweisen. Möge man sich jeden Tag im Weißen Haus genau daran erinnern, was in der II. Erklärung von Havanna bekräftigt wurde: „... diese große Menschheit hat gesagt 'Es reicht!' und sich auf den Weg gemacht. Und ihr Marsch der Giganten wird nicht aufzuhalten sein, bis die wahre Unabhängigkeit erkämpft ist...“.

– In allen internationalen Gremien, in denen dies möglich ist, jenseits nachrangiger Differenzen nationaler oder sektorspezifischer Art alle Maßnahmen zu koordinieren, mit denen das Ausmaß der Dominanz und Hegemonie der Vereinigten Staaten in unseren Ländern reduziert werden kann, ist unerlässlich und machbar. Das Imperium hat sich entschieden, vorrangig auf Elemente des Kulturkampfes und des Krieges der Symbole zu setzen. Besinnen wir uns als offensive Antwort wieder auf die freiheitlichen Traditionen unserer einzelnen Länder. Ehren wir diejenigen, die ihnen Gestalt verliehen. Verhindern wir, dass sich die kulturelle Banalität des Nordens, der uns verachtet, gegen die reiche Geschichte der durch uns repräsentierten Länder durchsetzt.

– Genau zu erfahren, wie die internationale Rechte ihre Destabilisierungspläne gegen die befreiungsorientierten Regierungsmodelle und Volksbewegungen in Lateinamerika und der Karibik schmiedet, ist eine Notwendigkeit ersten Ranges. Erreichen lässt sich dies besser, wenn wir ein robustes System für den gemeinsamen Informations- und Erfahrungsaustausch einrichten. Das Forum von São Paulo kann in diesem Bereich eine zentrale Rolle spielen, insbesondere durch Anstrengungen zur politischen Bildung.

– Da es sich nach unserer Auffassung um nach wie vor aktuelle Anliegen handelt, erklären wir ebenso wie die Delegierten des 23. Treffens in Managua Folgendes:

– Wir bekräftigen, wie wichtig eine Annäherung und ein konzertiertes Vorgehen zwischen der europäischen Linken und der Linken Lateinamerikas und der Karibik ist. In dieser neuen Etappe verpflichten wir uns, das gemeinsame Vorgehen beider Regionen gegen den Imperialismus systematischer und wirksamer zu gestalten. Die Europäische Linke und das Forum von São Paulo sind in der Lage, dieses Ziel zu verwirklichen.

– Wir verurteilen, diesmal aus zusätzlichen Gründen, die Einmischung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die von der Regierung der Vereinigten Staaten nach wie vor als ihr Kolonialministerium benutzt wird. Das Vorgehen ihres Generalsekretariats, das sich durch eine skandalöse Unterordnung unter die Interessen des Weißen Hauses auszeichnet, belegt dies täglich aufs Neue. Die OAS bildet zusammen mit der Lima-Gruppe aktuell die trojanischen Pferde für die Einheit Lateinamerikas und der Karibik. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um ihren weiteren zerstörerischen Vormarsch zu verhindern.

– Wir verurteilen den auf breiter Front geführten nichtkonventionellen Krieg seitens des Yankee-Imperialismus und seiner europäischen, lateinamerikanischen und karibischen Verbündeten gegen die Bolivarische Revolution. Deren Niederschlagung hat sich für das Weiße Haus zum unmittelbaren strategischen Ziel entwickelt. Unter diesen Umständen sollte sie deshalb für uns das oberste Ziel unserer Solidarität darstellen. Wie bereits vor einem Jahr in Managua ist das Forum von São Paulo weiterhin in Alarmbereitschaft und tagt kontinuierlich, um gegen die internationalen Maßnahmen gegenüber Venezuela internationalistische Solidarität zu üben.

– Unsere ungebrochene Solidarität gilt weiterhin den Argentinierinnen und Argentinern, Brasilianerinnen und Brasilianern, Honduranerinnen und Honduranern und Paraguayerinnen und Paraguayern, die den Rückfall in den Neoliberalismus in ihren jeweiligen Ländern nicht hinnehmen wollen, nachdem sie bereits Regierungen erlebten, die – jede auf ihre eigene Weise – Wirtschaftswachstum, eine bessere Umverteilung des Wohlstands, die Garantie sozialer Rechte, die Ausweitung von Bürgerbeteiligung und Demokratie, die Sicherstellung der nationalen Souveränität und eine Stärkung der regionalen Integration innerhalb der BRICS-Staaten erreichen wollten, um damit die sozialen, regionalen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und den Rassismus zu bekämpfen, oder die schlicht mit ihrer Außenpolitik der Hegemoniallogik der US-Außenpolitik trotzen.

– Wir bekräftigen unser entschlossenes Bekenntnis zum Frieden im Einklang mit der Erklärung der CELAC, die im Januar 2014 Lateinamerika zur Friedenszone erklärte. Deshalb unterstützen wir die Forderung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte Kolumbiens, dass die kolumbianische Regierung die Vereinbarungen von Havanna umsetzt, den Dialog mit der ELN offenhält und geeignete Schritte unternimmt, um der Ermordung früherer Kämpfer und führender sozialer, politischer, Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten ein Ende zu setzen. Wir verurteilen die Aktionen der nationalen und internationalen Ultrarechten, um den Frieden zu sabotieren. Es ist offensichtlich, dass das Weiße Haus, der internationale Zionismus und die reaktionärsten Kräfte des Kontinents nach wie vor zu erreichen suchen, dass die oligarchischen Kreise Kolumbiens weiter den Stoßtrupp zugunsten der Konzerninteressen in Südamerika bilden. Gegen diese Strategie ist unbedingt anzukämpfen, schließlich hat sie dafür gesorgt, dass eines der CELAC-Länder bereits Mitglied der aggressiven NATO ist.

– Wir lehnen die interventionistische Politik der Vereinigten Staaten in Bezug auf die inneren Angelegenheiten des sandinistischen Nicaragua entschieden ab. In dem Land wird die gleiche Devise umgesetzt, die der US-amerikanische Imperialismus schon bei den Ländern verfolgt, die seinen Hegemonialinteressen nicht entsprechen, was zu Gewalt, Zerstörung und Tod durch die Manipulation und das destabilisierende Treiben von Terrorgruppen der putschenden Rechten

führt, die die Dialogbemühungen torpedieren. Dabei ist der Dialog der beste Weg, um die gegenwärtige Krise zu überwinden und Frieden zu erreichen, was zur Fortsetzung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, der vom FSLN bzw. der Regierung unter der Führung von Kommandant Daniel Ortega vorangetrieben wird und die Armut und das soziale Gefälle in diesem Bruderland spürbar reduziert hat, unerlässlich ist.

– Wir solidarisieren uns mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí und der Regierung des Genossen Präsident Salvador Sánchez Cerén, die dem Medienkrieg, dem Justizkrieg, dem Wirtschaftsboykott und weiteren Destabilisierungsversuchen energisch die Stirn bieten, und verpflichten uns, ihnen bei den Präsidentschaftswahlen am 3. Februar 2019 als internationale Beobachter zur Seite zu stehen.

– Das 24. Treffen des Forums von São Paulo ruft Bolivien und Chile dazu auf und ermutigt sie, unter Rücksicht auf die Befindlichkeiten beider Länder und auf der Grundlage des Dialogs und des Völkerrechts eine Lösung für die Abschnürung Boliviens vom Meer zu finden und damit zu einer echten Integration unserer Völker beizutragen.

– Seitens des Forums von São Paulo wenden wir uns erneut entschieden gegen die Politik des Weißen Hauses, mit der lateinamerikanische und karibische Migranten und insbesondere unsere Brüder aus Zentralamerika kriminalisiert werden. Eine Welt ohne Grenzen und mit Weltbürgerschaft ist das Leitbild unseres Befreiungskampfes.

– Wir lehnen jede Form von Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung ab. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen ihre wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Rechte uneingeschränkt ausüben können und die patriarchale Kultur beseitigt wird.

– Wir fordern den Abzug der MINUSTAH-Truppen, die im Rahmen eines Mandats des undemokratischen VN-Sicherheitsrats seit mehr als einem Jahrzehnt Haiti besetzt halten.

– Wir verurteilen den Drogenhandel, den Menschenhandel und den Terrorismus, und missbilligen die Doppelmoral eines Systems, das behauptet, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen, gleichzeitig aber ihre wichtigsten Förderer und Hauptverantwortlichen protegirt. Wir treten ein für den legalen Anbau und den traditionellen, zu Heilzwecken dienenden Gebrauch von Kokablättern.

– Wir erklären den Zugang zu Wasser und den übrigen Gemeingütern (Land, saubere Luft, Energie usw.) zu einem Menschenrecht und kämpfen gegen den Raubbau an der Umwelt und gegen die Gefährdung der Biodiversität und des Ökosystems im Allgemeinen.

– Wir unterstützen die Forderungen der kleinen Inselstaaten der Karibik, für die durch die Sklaverei verursachten menschlichen Schäden entschädigt zu werden und Zugang zu Ressourcen zu erhalten, um sich gegen den Klimawandel wappnen zu können.

– Wir fordern die bedingungslose, vollständige und endgültige Aufhebung des Wirtschafts-, Finanz- und Handelsboykotts der Regierung der Vereinigten Staaten gegen Kuba und die Entschädigung des kubanischen Volkes für die über mehr als ein halbes Jahrhundert erlittenen Belastungen diverser Art.

- Wir verlangen die Rückgabe des vom illegalen US-Marinestützpunkt in Guantánamo in Beschlag genommenen Gebiets an das kubanische Volk.
- Wir unterstützen den historischen Anspruch Argentiniens auf die Hoheit über die Falklandinseln, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln.
- Wir verlangen die Schließung aller in der Region befindlichen US-Militärstützpunkte (insgesamt 77, die zusammen mit der IV. Flotte die gesamte Region abdecken) und aller ausländischen Militärstützpunkte gleich welchen Landes und egal, wo sie sich befinden.
- Wir treten ein für die Rechte und die Kulturen der indigenen und afrikanischstämmigen Völker und machen uns ihren Kampf um die Landrückgabe und die uneingeschränkte Ausübung ihrer historischen Rechte zu eigen.
- Wir fordern die vollständige Entkolonialisierung der Karibik und unterstützen insbesondere die Unabhängigkeit von Puerto Rico, wo am 25. Juli 2018 des 120. Jahrestages der US-Militärinvasion in diesem Karibikstaat gedacht wird. Zugleich sprechen wir uns für die Beseitigung jeder Form des Kolonialismus und Neokolonialismus aus.
- Wir unterstützen im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Kandidatur von Präsident Evo Morales für die Wahlen 2019, wozu er verfassungsmäßig berechtigt ist und den Rückhalt der Amerikanischen Menschenrechtskonvention genießt, und missbilligen die von der Rechten des Landes, der OAS und der US-Botschaft vorangetriebenen Destabilisierungspläne.
- Wir verlangen die unverzügliche Freilassung von Lula, der ohne Beweise verurteilt und inhaftiert wurde, und fordern, dass er bei den im Oktober anstehenden Wahlen in Brasilien als Präsidentschaftskandidat antreten darf, womit dem Willen der Mehrheit des brasilianischen Volkes entsprochen wird.

Es lebe Lula! Lula ist unschuldig! Lula Präsident!

5. Wie schon vor einem Jahr bekräftigen wir, dass Lateinamerika und die Karibik weiter bereit zum Kampf sind! Sie sind nach wie vor gewillt, mit Optimismus, Entschlossenheit und größerem Sinn für Zusammengehörigkeit vorzugehen.

Hasta la victoria siempre!